

# Bauzener Nachrichten.



Kreisblatt für den Kreis-Directions-Bezirk Bauzen.

Amtsblatt für die Gerichts- und Verwaltungsbezirke Bauzen, Schlegiswalda, Rönigswartha, Weissenberg, Herrnhut, Oßris, Bernstadt und Reichenau.

Redacteur und Verleger: C. W. Kause in Bauzen.

## S o l z = A u c t i o n.

Dienstag, den 25. Juni a. c., von Vormittags 9 Uhr an, sollen aus dem **Stadberg-Forstreviere**, in der Restauration am **Sonigbrunnen**, 29 Stück weiche Klöber, von 15—22 C.-M. obere Stärke im Ganzen,

159 Stück weiche Stangen, von 8—14 C.-M. untere Stärke und 7—13 M. Länge,

110 R.-C.-M. weiche Schette,

63 R.-C.-M. weiche Rollen,

37½ Wellenbündel weiches Reihig

unter Vorbehalt des Angebotes gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Löbau, den 17. Juni 1872.

Der Stadtrat.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Von dem unterzeichneten Gerichtsamte sollen

den 25. Juni 1872, Nachm. 2 Uhr,

1 Düngerpflanzmaschine, 1 Drillmaschine, 1 Riegelwalze, 2 Rutschgeschirre, 2 Rutschwagen, 1 Ochsenkalb, 1 Schreibpult, 1 Chronometer und einige andere Gegenstände auf dem **Freigut Neucunnewitz** versteigert werden, was unter Bezugnahme auf die Anschläge im hiesigen Gerichtsgebäude und in der Schänke zu Neucunnewitz andurch bekannt gemacht wird.

Löbau, am 17. Juni 1872.

Das Königl. Gerichtsamt daselbst.

v. Gottschalk.

Rosenmüller.

\* **Berlin**, 19. Juni. Gegenüber den neuesten Forderungen der Maschinenarbeiter haben die hiesigen Maschinenfabrikannten durchgängige Einführung zehnstündiger Arbeitszeit und Lohnfestsetzung nach freier Vereinbarung, ferner Nichtannahme strikender Arbeiter binnen einer Frist von zwei Monaten beschlossen. Ein Abgangszeugniß des seitherigen Arbeitgebers wurde für Annahme der Arbeiter erforderlich erachtet. — Der Reichstag wird voraussichtlich heute durch Minister Delbrück im Sitzungssaale geschlossen.

**Frankfurt a. M.**, 18. Juni. (W. L. B.) Die Kronprinzessin von Italien ist heute Morgen hier eingetroffen und im Hotel de Russie abgestiegen.

**Essen**, 18. Juni, Nachmittags. (W. L. B.) Der Strike der Bergarbeiter ist nunmehr in 42 benachbarten Kohlenruben thatsächlich ausgebrochen, bei den Bochumer und Dortmunder Belegschaften wird ein solcher vorbereitet. Excesse sind nicht vorgekommen.

**München**, 18. Juni. (W. L. B.) General Sherman ist gestern von Wien hier angekommen.

**Pesth**, 17. Juni. Der „Pesther Lloyd“ erfährt aus Agram, daß eine Fusion sehr wahrscheinlich sei. Dasselbe Blatt erfährt aus Belgrad, daß der Abschluß, den die Angelegenheit der türkischen Bahnen in den letzten Tagen gefunden, die serbische Regierung geneigt gemacht habe, auf jene Bedingungen einzugehen, von welchen die Pforte die Bewilligung zum Anschlusse an das türkische Netz im Morava-Thale abhängig macht.

**Genf**, 17. Juni. (W. L. B.) Die heutige zweite Sitzung des Schiedsgerichtes wurde um 2 Uhr unter Theilnahme der beiderseitigen Agenten eröffnet und schloß um 3 Uhr. Die Schiedsrichter blieben dann noch zu einer Privatitzung bis 4 Uhr zusammen, worauf sich das Tribunal bis Mittwoch 2 Uhr vertagte. Das Resultat der Verhandlungen bleibt nach wie vor absolut unbekannt.

**Rom**, 17. Juni. (C.-B.) Auf die gestern von dem Marquis Cavaletti überreichte Adresse antwortete der Papst: „Gott sendet dem Stellvertreter Christi beständige Tröstungen inmitten seines bitteren Kummeres. Das hebräische Volk verlangte einen König an Stelle einer väterlichen Regierung. Ihr dagegen bleibt dem Papstthume treu. Fahret fort, der Ungerechtigkeit eine Mauer von Erz entgegenzustellen. Gott wird endlich für uns das Licht leuchten lassen.“ Von allen Theilen der Welt sind zahlreiche Telegramme mit Glückwünschen an den Papst eingelangt.

**Rom**, 18. Juni. (W. L. B.) Der österreichische Gesandte beim Vatican, Baron v. Rübeck, hat aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub angetreten. Derselbe wird Anfangs October hierher zurückkehren.

**Paris**, 18. Juni. (W. L. B.) Die Partei der Rechten hat, um nicht den Fortgang der Unterhandlungen mit Deutschland zu stören, ihren Beschluß, Thiers über seine innere Politik zu interpelliren, aufgegeben und überhaupt jeden Schritt zu unterlassen beschlossen, durch welchen Thiers unangenehm berührt werden könnte. (1)

**London**, 17. Juni. (W. L. B.) Unterhaus. Auf eine Anfrage Cochrane's theilt der Unterstaatssecretair der Colonieen, Hugesen, mit, daß die von Amerika nachgesuchte Erlaubniß, während der Fischerei-Saison die durch den Washingtoner Vertrag gewährten Privilegien benutzen zu dürfen, von der canadischen Regierung nicht bewilligt sei, während die Regierungen der Prinz-Edward-Inseln und Newfoundland's dem Ersuchen Amerikas entsprochen hätten. — In Erwiderung auf die Anfragen Bouverie's und Cecil's erklärte Gladstone, die Mittheilung, daß beim Genfer Schiedsgericht eine Ueberreichung der Beweisstücke stattgefunden habe, sei, soweit sie England angehe, incorrect; die englische Regierung habe eine Vertagung nachgesucht, indem sie sich dabei auf die Erklärung des Staatssecretairs Fish verließ, daß die Schiedsrichter auf einen aus ihrer Mitte gestellten Antrag über Vertagung beschließen könnten und daß Amerika in eine Vertagung willigen werde, sofern England dieselbe nachsuche. Fish habe allerdings für den Fall einer Vertagung des Schiedsgerichtes von einer vorherigen Ueberreichung der Beweisstücke gesprochen, derselbe habe aber nicht erklärt, Amerika werde, falls die Beweisstücke nicht überreicht würden, sich einer Vertagung widersetzen. Der Premier fügt noch hinzu, daß bei der augenblicklichen Lage der Dinge nur eine 24stündige Vertagung möglich sei.

**London**, 18. Juni. (W. L. B.) Das Oberhaus nahm trotz des entschiedenen Widerspruchs der Regierung mit 162 gegen 92 Stimmen ein Amendement Richmond's betr. die Bezeichnung der Wahlkettel bei den geheimen Wahlen an.

**Madrid**, 18. Juni. (W. L. B.) In Deputirtenkreisen verlautet, die Regierung beabsichtige, den Congress zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen und demselben einen Gesetzentwurf zur Berathung vorzulegen, wodurch das von der letzten Regierung eingebrachte Gesetz bezüglich der auswärtigen Staatspapiere umgeändert werden soll. Die Regierung will die von dem früheren Ministerium getroffenen